



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

Fax: (0221)

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 14.08.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 26.05.2020, 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)
INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.
Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Mehmet Cambaz	
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Dorothee Bodewein	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Prölß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration

Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker	
Herr Hans-Jürgen Oster	Amt für Integration und Vielfalt
Herr Andreas Vetter	Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Neslihan Arikan	Schriftführerin

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Ibrahim Alici	CI
Herr Mehmet Akif Ayata	MeMana
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Frau Sevil Inal	KL
Herr Lilli Licco	LiL
Herr Turan Özküçük	TSD
Herr Ibrahim Toure	LiL
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertreterin
Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Vorsitzende, Herr Keltek, eröffnet die Sitzung, begrüßt Frau Oberbürgermeisterin Reker und heißt alle Integrationsratsmitglieder sowie Gäste herzlich willkommen. Herr Keltek bedankt sich bei Frau Oberbürgermeisterin Reker für die bisherige gute Zusammenarbeit, für die Einrichtung des Amtes für Integration und Vielfalt, ihre klare Positionierung gegen Rassismus, die Unterstützung bei der Umsetzung des Hauses der Einwanderungsgesellschaft in Kalk sowie ihren Einsatz für ein NSU-Mahnmal mit der Hoffnung auf eine baldige Lösung.

Frau Oberbürgermeisterin Reker betont die Wichtigkeit der Arbeit des Integrationsrates. Es sei die Aufgabe jeder Kölnerin und jedes Kölners, dafür zu sorgen, dass Hass, Gewalt sowie Rassismus in Köln keine Chance haben. Bei mehr als 50% aller Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund könne eine Gesellschaft nur dann funktionieren, wenn diesen jungen Menschen von Anfang an die gleichen Chancen eingeräumt werden.

Zum NSU-Mahnmal informiert Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass es Gespräche der Verwaltung mit den Eigentümern des Grundstückes an der Keupstraße / Ecke Schanzenstraße darüber gebe, welche städtepartnerischen Vorstellungen dort zu verwirklichen seien. Der Bau eines Schulgebäudes stehe als Idee im Raum – im Rahmen dessen könne man gegebenenfalls das NSU-Mahnmal ebenfalls an dieser Stelle realisieren.

Herr Keltek bittet in Anbetracht der langen Tagesordnung und der aktuellen coronabedingten Situation von mündlichen Nachfragen zu TOP 3 ‚Beantwortungen‘, TOP 5 ‚Mitteilungen‘ und TOP 10 ‚Mündliche Anfragen‘ abzusehen und Fragen schriftlich einzureichen, damit diese zur nächsten Sitzung beantwortet werden können.

Herr Keltek weist anschließend auf folgende Punkte hin:

- Die Wahlordnung zur Integrationsratswahl ist vom Rat am 14.5. verabschiedet worden. Die öffentliche Bekanntmachung zur Integrationsratswahl erfolgt im Amtsblatt am 27.05.2020.
- Der Beschluss des Integrationsrates zur Ächtung des N*Wortes ist vom Rat im Wesentlichen übernommen worden.
- Die Entscheidung über den Antrag des Integrationsrates zu den Wahlen ist im Rat in dessen Sitzung am 18.05.vertagt worden. Herr Keltek bittet die Fraktionen, die aufgeführten Anregungen des IR in der Ratssitzung zu unterstützen.

•

Nachträglich wurden folgende Tagesordnungspunkte aufgenommen:

- TOP 0 Dringlichkeitsantrag „Aktuelle Stunde: Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten“
- Top 3.7 Beantwortung einer Anfrage zur 'Anmelde- und Auskunftspflicht für Ausländervereine'
- TOP 5.14 Mitteilung Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
- TOP 5.15 Mitteilung Sachstandsbericht zu den EHAP-Projekten ALVENI
- TOP 5.16 Mitteilung Stadtmagazin KölnerLeben
- TOP 5.17 Mitteilung KOMM-AN NRW
- TOP 5.18 Mitteilung Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist
- TOP 5.19 Mitteilung 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
- TOP 5.20 Mitteilung Unterbringung Geflüchtete: Basisversorgung Internetanbindung

RM Frau Tokyürek bittet, die Mitteilung 5.11 zu schieben und dem Verein anyway e.V. die Möglichkeit zu geben, in der nächsten IR-Sitzung die Ergebnisse der Jugendbefragung 2019 persönlich vorzustellen.

RM Frau Hoyer bittet, den Dringlichkeitsantrag AN/0671/2020 aus formalen Gründen statt unter TOP 0 erst unter TOP 6.5 aufzunehmen. Es sei jedoch aufgrund der ähnlichen Thematik sinnvoll, den Antrag dann unter TOP 0 im Anschluss an die Aktuelle Stunde zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

IRM Herr Litvinov bittet, die Mitteilungen 5.19 sowie 5.20 in die nächste Sitzung zu vertagen, da die Inhalte in den jeweiligen Facharbeitskreisen bislang nicht behandelt werden konnten.

RM Herr Erkelenz bittet, TOP 6.3 aufgrund von Beratungsbedarf in die nächste Sitzung zu schieben.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Stunde: Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation
AN/0669/2020

Antrag „Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten“
AN/0671/2020

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt-Statistik 2018 (DS Nr.3116/2019)
0156/2020
 - 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Abeke
0936/2020
 - 3.3 Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen
4181/2019

- 3.4 Rückfrage zur Beantwortung einer Anfrage zu politisch motivierter Kriminalität
3953/2019
1011/2020
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Förderfähigkeit von Institutionen
1104/2020
- 3.6 Förderprogramme des Landes für Migrant/innen
hier: Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen gemäß §14c des Gesetzes zur
Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-
Westfalen
1132/2020
- 3.7 Beantwortung einer Anfrage zur 'Anmelde- und Auskunftspflicht für Auslän-
dervereine und ausländische Vereine'
1267/2020

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 4.1 Anfrage zur Erstellung des Wählerverzeichnisses für die Integrationsratswa-
hlen 2020
AN/0514/2020
- 4.2 Anfrage zu Kosten der Verteilung eines Informationsschreibens an alle Kölner
Haushalte zu den Wahlen 2020
AN/0515/2020
- 4.3 Sucht und Migration – Anfrage zur psychiatrischen und psychotherapeuti-
schen Versorgung von Migranten und Migrantinnen in Kölner Kliniken, LVR-
Kliniken
AN/0518/2020
- 4.4 Anfrage zum Polizeieinsatz am Kölner Hauptbahnhof am 9.5.2020
AN/0655/2020
- 4.5 Anfrage zur Sachbeschädigung an Moschee und auf Verwaltungsgebäude der
DITIB
AN/0656/2020

5 Mitteilungen

- 5.1 27. Bericht zur Situation Geflüchteter
0417/2020
- 5.2 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung
0178/2020

- 5.3 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2019 in der Stadt Köln
0433/2020
- 5.4 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen 2019
0434/2020
- 5.5 "Stufenkonzept Frühe Bildung / Flüchtlingskinder" Kölner Modell zur vorschulischen Förderung und Integration von Flüchtlingskindern
0198/2020
- 5.6 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Contolling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020
- 5.7 25 Jahre „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
0925/2020
- 5.8 Verschenkung von Wohncontainern (ehem. Geflüchtetenunterkunft Eygels-
hovener Straße)
0040/2020
- 5.9 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-
31.12.2019
0975/2020
- 5.10 Interkulturelle Zentren Köln – „Die ganze Welt in Köln“ Informationsbroschüre
und Übersichtskarte
0881/2020
- 5.11 Wie leben queere Jugendliche in Köln?
hier: Ergebnisse der Jugendbefragung 2019 des Jugendzentrums anyway
e.V.
1241/2020
- 5.12 Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2019, bisherige Entwicklung und Ausblick 2020
1126/2020
- 5.13 Online-Angebote für neuzugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Er-
wachsene bis 27 Jahre
1299/2020
- 5.14 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
1102/2020
- 5.15 Sachstandsbericht für das Jahr 2019 zu den EHAP-Projekten ALVENI links
und rechts vom Rhein
1393/2020

- 5.16 Stadtmagazin KölnerLeben: Wegweiser "Gut informiert älter werden" / Start des Podcast für Senioren
1458/2020
- 5.17 KOMM-AN NRW – Programm zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten und Neuzugewanderten – Sachstandsbericht 2020
1364/2020
- 5.18 Städtische Kindertageseinrichtungen im Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“
1219/2020
- 5.19 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
1310/2020
- 5.20 Unterbringung Geflüchtete: Basisversorgung Internetanbindung
1493/2020
- 5.21 Präventive Hausbesuche für ältere Menschen in Köln – Konzept zur Weiterentwicklung
0883/2020

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 6.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
AN/1545/2019
- 6.2 10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU
AN/0458/2020
- 6.3 Antrag zur Prüfung der Realisierung eines Hauses der Kulturen / House of Resources in Köln
AN/0461/2020
- 6.4 Antrag auf Stärkung der Demokratie durch aktive Bewerbung der Wahlen in Köln
AN/0601/2020
- Änderungsantrag zu TOP 6.4
AN/0672/2020
- 6.5 Antrag „Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten“
AN/0671/2020

Wurde unter TOP 0 behandelt

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2 a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019 0274/2020

8.2 Anerkennung von vier neuen Interkulturellen Zentren Köln 0877/2020

8.3 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020 0887/2020

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 EHAP Projekt ALVENI rechts vom Rhein 1402/2020

I. Öffentlicher Teil

Aktuelle Stunde: Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation

AN/0669/2020

IRM Herr Abeke stellt den Antrag des Facharbeitskreises 2 *Geflüchtete, Interkulturelle Zentren und bürgerschaftliches Engagement* vor und bittet die Verwaltung hinsichtlich folgender Punkte um Informationen:

- über die Planungen zur Wiederaufnahme der sozialarbeiterischen Betreuung in den Unterkünften,
- über den künftigen Umgang mit Coronaerkrankungen in der Erstaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße, sowie
- über die Planungen zur Lockerung des Besuchsverbotes in den Einrichtungen z.B. für betreuende Ehrenamtler*innen.

Die Verwaltung, Herr Oster, kündigt an, dass Herr Ludwig; Leiter des Amtes für Wohnungswesen, zu den drei Fragestellungen referieren wird. Über die Situation in der Herkulesstraße habe Herr Ludwig bereits beim Runden Tisch für Flüchtlingsfragen am 08.05. ausführlich informiert. Die Niederschrift des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen werde den Mitgliedern des Integrationsrates zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung, Herr Ludwig, bezieht sich auf die Diskussion zur Wiederaufnahme der sozialarbeiterischen Betreuung in den Unterkünften und teilt mit, dass diese Betreuung in den Unterkünften nie vollständig eingestellt worden sei, allerdings aufgrund der Corona-Pandemie eingeschränkt werden musste. Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die ihre Arbeitsplätze vor Ort in den Unterbringungseinrichtungen haben, sind - soweit sie nicht zu besonderen Risikogruppen gehören und daher im Innendienst oder Home Office tätig sind - weiter für die Bewohnerschaft ansprechbar. Dies gelte sowohl für die städtischen als auch für die bei Betreuungsträgern angestellten Fachkräfte und erfolge unter Berücksichtigung der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln.

In Wohnheimen/Beherbergungsbetrieben, in denen vor Ort keine Arbeitsplätze für die Fachkräfte vorhanden sind, wurden die untergebrachten Geflüchteten über Kontaktmöglichkeiten per Telefon oder E-Mail informiert. Gespräche zur Krisenintervention erfolgen während der gesamten Zeit der Corona-Pandemie; reguläre Beratungsgespräche finden - je nach den räumlichen Gegebenheiten - vor Ort oder im Dienstgebäude Kalk-Karree des Amtes für Wohnungswesen statt.

Unter Berücksichtigung der weiteren Pandemie-Entwicklung, der gesamtstädtischen Vorgaben zum Mitarbeiterinnen- bzw. Mitarbeiterschutz und der jeweiligen unterschiedlichen räumlichen Gegebenheiten wird die Vor-Ort-Betreuung bis zur Wiederaufnahme von offenen Sprechstunden weiter sukzessive intensiviert.

Zum Umgang mit Coronaerkrankungen in der Erstaufnahmeeinrichtung Herkulesstraße berichtet Herr Ludwig, dass es vom 30.04. - 13.05. und erneut ab dem 14.05. - 27.05. die Notwendigkeit einer Quarantäne für die Bewohnerschaft der Herkulesstraße gegeben habe. Eine Nach-Testung sei am 27.05.2020 durchgeführt worden. Die Testergebnisse stünden noch aus. Die Zu- und Abgangssperre sowie die häusliche Isolierung werden bis zum Erhalt der Testergebnisse fortgelten. In dem für bis zu 595

Unterbringungsplätze ausgelegten Standort in der Herkulesstraße sind derzeit (Stand 26.05.2020) nur 199 Personen untergebracht.

Herr Ludwig informiert über folgende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner in der Herkulesstraße.

- Familien sind grundsätzlich immer gemeinsam untergebracht und müssen sich die Schlafräume nicht mit weiteren Personen teilen. Die Belegung ist zwischenzeitlich entzerrt worden, so dass dieses Prinzip auch im geschützten Unterbringungsbereich für allein reisende Frauen umgesetzt werden kann.
- Für die Information und Beratung der Bewohner*innen stehen neben den vor Ort tätigen Fachkräften der Sozialen Arbeit auch Krankenschwestern des DRK als Ansprechpartner zur Verfügung.
- Alle untergebrachten Personen werden durch das Personal vor Ort immer wieder auf die Notwendigkeit des „Social Distancings“ hingewiesen. Dies geschieht in verschiedenen Sprachen, Aushängen mit einfach verständlichen Piktogrammen und in direkten Gesprächen, persönlichen Hinweisen und natürlich auch durch die Vorbildfunktion des vor Ort tätigen Personals.
- Die Tische in den Essräumen sind entsprechend den vorgegebenen Abstandsregeln auf die Hälfte reduziert worden. Die Essensausgabe erfolgt jeweils morgens, mittags und abends in einem Zeitraum von zwei Stunden. Dabei werden die Bewohnerinnen und Bewohner in fünf Gruppen mit unterschiedlichen Essens-Ausgabezeiten aufgeteilt. An jedem Tisch nimmt jeweils nur eine Familie ihr Essen gemeinsam ein und der Speiseraum wird regelmäßig gelüftet. Zwei Mitarbeitende des Sicherheitsdienstes sind zur Begleitung dieser Regelungen eingesetzt.
- In allen Sanitärräumen sind Seifenspender mit ausreichend Seife vorhanden. Jede Familie erhält Seife zur persönlichen Verfügung. Alle erwachsenen Bewohner*innen erhalten zur persönlichen Hygiene Handdesinfektionsmittel in Fläschchen, die sie bei Bedarf auffüllen lassen können.
- Die Reinigung der Sanitärräume erfolgt 7-mal in 24 Stunden (5-mal tagsüber und 2-mal in der Nacht). Im gesamten Objekt werden die Türgriffe und Trepengeländer regelmäßig desinfiziert und gereinigt. Im Bereich der Sanitärräume sind Laufwegs- und Abstandsmarkierungen auf den Böden angebracht worden, um den Bewohnern die Einhaltung der Abstandsregelungen besser zu ermöglichen.
- Insgesamt sind in der Herkulesstraße 33 Herren- und 33 Damenduschen vorhanden. Alle Gemeinschaftssanitäranlagen sind vorschriftsmäßig mit ausreichend Seife ausgestattet und werden im Laufe eines Tages 7-mal gereinigt.

Herr Ludwig führt des Weiteren aus, dass die Corona-Schutzverordnung NRW auch in der Notunterkunft Herkulesstraße konsequent umgesetzt werde. Eine Begehung des Gesundheitsamtes habe zu keiner Beanstandung des Gesundheitsschutzes geführt. Zudem sei in einem aktuellen Beschluss des Verwaltungsgerichts Köln vom 14.05.2020 für die Herkulesstraße ausdrücklich festgestellt worden, dass diese den Anforderungen an eine menschenwürdige Unterbringung für Familien mit Kindern im Rahmen des § 14 Abs.1 Ordnungsbehördengesetz (OBG) unter Beachtung des Gesundheitsschutzes gerecht werde und kein Anspruch auf eine anderweitige Unterbringung bestehe (Az. 22 L 805/20).

Zu den Planungen zur Lockerung des Besuchsverbotes in den Einrichtungen z.B. für betreuende Ehrenamtler*innen berichtet Herr Ludwig, dass in den nächsten Wochen die schrittweise Aufhebung des Besuchsverbotes geplant ist. Dies solle gestaffelt in Wochenschritten und angepasst an die jeweilige konkrete Situation und die Pandemie-Lage erfolgen:

- Aufhebung des Besuchsverbotes zunächst für kleinere Objekte mit bis zu 20 abgeschlossenen Unterbringungseinheiten, da wegen der geringeren Anzahl an Unterbrachten und der Abgeschlossenheit der Unterbringungseinheiten die geringsten Gefährdungen für andere dort lebende Unterbrachte bestehen. Die Aufhebung gilt nicht für das Außengelände (betrifft 53 von 128 Standorten). Geplant voraussichtlich ab dem 02.06.2020.
- Aufhebung des Besuchsverbotes in allen größeren Objekten mit abgeschlossenen Unterkünften. Die Aufhebung gilt nicht für das Außengelände (betrifft ca. 24 von 128 Standorten). Geplant voraussichtlich ab dem 08.06.2020.
- Aufhebung des Besuchsverbotes auf den Außengeländen aller Einrichtungen mit und ohne abgeschlossenen Unterkünften außer der Notunterkunft Herkulesstraße. Es gilt dann die Zwei-Personen- Haushaltsregelung im Außengelände (betrifft ca. 46 [davon 20 Beherbergungsbetriebe] von 128 Standorten). Geplant voraussichtlich ab dem 15.06.2020
- Aufhebung des Besuchsverbotes für alle übrigen Objekte bis auf die Herkulesstraße und damit Wiederherstellung des Status Quo wie vor der Corona-Pandemie. Geplant ab dem 22.06.2020.

Mit der Aufhebung des Besuchsverbotes werde den Unterbrachten dann empfohlen, der CoronaschutzVO für den öffentlichen Bereich auch privat zu folgen, d.h. nur Besuchskontakt zu einem weiteren Haushalt gleichzeitig zu haben.

Zum Sachstand an den Gelenkbogenhalle informiert Herr Ludwig, dass ein positiv Getesteter und drei Verdachts-/Kontaktfälle sowie 25 Personen aus Risikogruppen am 23.05.2020 in den Quarantäne- und Schutzisolierungsstandort Erbacher Weg verlegt worden sind. Der Erbacher Weg habe als Quarantäne-Standort ausschließlich abgeschlossene Unterbringungseinheiten mit eigenem Sanitär- und Küchenbereich. Elf Wohneinheiten sind belegt, 25 Wohneinheiten sind frei. Die Anzahl der Bewohner beläuft sich auf 39 (Stand 28.05.2020).

In der Mündelstraße sind die Duschen im Obergeschoss am 20.05.2020 fertiggestellt und nach der erforderlichen Trocknungszeit am 22.05.2020 durch den Sicherheitsdienst zugänglich gemacht worden. Während dieser Instandsetzung mussten aufgrund der baulichen Gegebenheiten an dem Standort zwei Duschen entfernt werden. Ersatzweise sollten an anderer Stelle drei neue Duschplätze entstehen; die Angebotsbeziehung hierfür ist am 18.05.2020 veranlasst worden und die vergaberechtlich mindestens einzuhaltende Angebotsfrist wird am 28.05.2020 enden; eine Beauftragung erfolgt unmittelbar im Anschluss.

Die laufende Planung zur Errichtung von drei weiteren Duschplätzen bezieht sich allein auf das EG des Hauses; künftig werden dort sechs Duschen und weitere drei Duschen im 1. OG zur Verfügung stehen. Die Aufstockung der Duschen im EG bietet den Vorteil, dass die Bewohner*innen des rechten Gebäudeflügels künftig die Duschen betreten können, ohne dafür das Haus am Nebeneingang verlassen zu müssen. Im 2. OG besteht die Möglichkeit, drei weitere Duschen unter Wegfall von 4 WC's einzubauen. Damit verfügt die Mündelstraße über 42 WC's für 85 Sollplätze (Schlüssel von rd. 1:2) und 12 Duschen für 85 Sollplätze (Schlüssel von rd. 1:7).

Zum Sachstand Auweiler Straße berichtet Herr Ludwig, dass die Quarantäne am 28.05.2020 aufgehoben wurde.

Über die bisherigen positiven Fälle in den Unterkünften teilt Herr Ludwig mit, dass bisher neun Geflüchtete positiv getestet wurden (Stand 25.05.2020), davon sind

- vier aus der Herkulesstraße (Notaufnahme)
- einer aus der Brandenburger Straße (abgeschlossene Wohnungen)
- zwei aus der Auweiler Straße (Systembau)
- zwei aus der Unterkunft An den Gelenkbogenhallen (Mobile Wohneinheiten)
- zwei Mitarbeitende des DRK aus der Herkulesstraße

IRM Frau Maleki bedankt sich für den detaillierten Bericht und informiert, dass von agisra katastrophale Zustände in den Notunterkünften berichtet wurden. Demnach seien Gemeinschaftsduschen defekt, Waschbecken stünden nicht zur Verfügung, es sei ausschließlich kaltes Wasser vorhanden und es gebe keine besonderen Vorkehrungen in den Speisesälen in Anbetracht der coronabedingten Situation. Zudem sei die Essensmitnahme auf das Zimmer für Mütter mit Neugeborenen nicht erlaubt und die Zubereitung von Babynahrung sei durch den Ausfall von warmem Wasser erheblich eingeschränkt. Auch Desinfektionsmittel seien nicht vorhanden.

Herr Ludwig teilt mit, dass er die Zuverlässigkeit der Quelle nicht beurteilen könne und die dargestellte Situation auf die Unterkunft Herkulesstraße nicht zutreffe. Mütter mit Neugeborenen seien aktuell in geschlossenen Wohneinheiten untergebracht. Familien mit Säuglingen werden bis 19 Uhr Thermoskannen mit warmem Wasser für die Nacht zur Verfügung gestellt. Der durch die Quarantäne notwendig gewordene Einkaufsdienst arbeite regelmäßig sowohl in der Herkulesstraße als auch am Erbacher Weg.

IRM Herr Litvinov möchte zu den Lockerungen des Besuchsverbotes in den Einrichtungen wissen, ob die Bewohner*innen rechtzeitig über diese Maßnahmen informiert werden. Ergänzend möchte Herr Litvinov von Frau Oberbürgermeisterin Reker wissen, ob es einen Sondertopf für Migrantorganisationen gebe, die ausschließlich Ehrenamtler*innen beschäftigen.

RM Herr Joisten stellt die grundsätzliche Frage, inwiefern man künftig nicht völlig auf die Notaufnahmen bzw. Notunterkünfte verzichten könne. Viele aktuelle Probleme würden sich möglicherweise damit lösen können. Diese Art einer Unterbringungsform sei in einer Pandemiesituation äußerst problematisch, so dass sich die Frage stelle, ob es nicht genügend andere Kapazitäten gebe, Geflüchtete in abgeschlossenen Wohneinheiten unterzubringen. Herr Joisten fragt des Weiteren nach, warum bei einer Lockerung des Besuchsverbots eine Aufhebung des Besuchsverbotes für das Aussenengelände so spät komme.

Das beratende Mitglied, Herr Pröls, bedankt sich bei dem Amt für Wohnungswesen über die zahlreichen Maßnahmen, die bislang getroffen worden sind, denn das Infektionsrisiko sei in diesen Einrichtungen sehr hoch. Man solle daher bei den getroffenen Maßnahmen die Risikogruppen sowie die vulnerablen Personen in Gemeinschaftseinrichtungen besonders berücksichtigen und schützen. Herr Pröls bezieht sich ebenfalls auf die Lockerungen des Besuchsverbotes und bittet um genaue Kommunikation bzw. Veröffentlichung, damit insbesondere die Willkommensinitiativen und weitere relevante Strukturen darüber rechtzeitig Bescheid wüssten, für welche Einrichtungen und Standorte die Lockerungen geplant sind.

RM Frau Heuser bezieht sich auf die von Frau Maleki aufgeführten Missstände in den Notunterkünften und weist darauf hin, dass die Proteste, denen sich agisra angeschlossen hatte, bundesweite Proteste gegen Erstaufnahme -und zentrale Unterbringungseinrichtungen des Landes sind. Sie regt an, das Ganze auf eine Vergleichsebene zu bringen, denn wenn man die Infektionszahlen in den Notunterkünften mit den Infektionszahlen in Seniorenheimen vergleiche, stünde die Herkulesstraße ziemlich gut da.

Frau Heuser fragt nach, wann die normalen Umverteilprozesse wieder aufgenommen würden und die Menschen aus den Notunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen wieder auf die Kommunen weiterverteilt werden.

RM Frau Hoyer bedankt sich für die Bemühungen der Verwaltung während der Pandemiezeit und dass die Beratung der Geflüchteten jetzt wieder aufgenommen werde. Zum Dringlichkeitsantrag bemerkt Frau Hoyer, dass es eine einheitliche Meinung dazu gebe, Geflüchtete grundsätzlich dezentral unterzubringen. Dennoch seien weiterhin Gemeinschaftsunterkünfte für Menschen, die nur eine gewisse Zeit in Köln untergebracht werden, erforderlich.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt zu, sich bezüglich der von Herrn Litvinov angesprochenen Einrichtung eines Sondertopfes für Migrantenselbstorganisationen einzusetzen. Herr Oster ergänzt, dass es der Stadt grundsätzlich darum ginge, während der Zeit der Corona-Pandemie Strukturen zu sichern und daher z.B. auch bereits angefallene Kosten nicht realisierter Veranstaltungen übernommen und abgerechnet werden könnten.

Die Verwaltung, Herr Ludwig, stimmt zu, dass die Lockerungen zum Besuchsverbot in der Bewohnerschaft und bei den Ehrenamtler*innen schnell und präzise kommuniziert werden müssen. Dies könne evtl. auch mit einer Pressemitteilung geschehen.

Bezüglich der Forderung nach einer Auflösung der Notunterkunft Herkulesstraße informiert Herr Ludwig, dass er im Runden Tisch für Flüchtlingsfragen zugesagt habe, hierzu eine Diskussion zu führen.

Auf die Frage von Frau Heuser, wann die Weiterverteilung aus der Herkulesstraße auf die Kommunen wieder anlaufe, informiert Herr Ludwig, dass Köln mit 102 % die Aufnahmequote übererfüllt habe und nach Aufhebung der Quarantäne in der Herkulesstraße die Weiterverteilung des Personenkreises der unerlaubt Eingereisten erfolgen werde.

Die Aktuelle Stunde wird mit mehrheitlicher Zustimmung beendet. Die Verwaltung wird die Anregungen in ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen.

Zur bevorstehenden Abstimmung über den vorliegenden Antrag ‚Coronanbedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation Geflüchteter‘ bittet IRM Frau Maleki darum, den Antrag zu unterstützen und so zu beschließen.

RM Herr Erkelenz merkt an, dass die Umsetzung bezüglich des ersten Punktes im Antrag bereits begonnen habe. Zu zweiten Punkt ergänzt er, dass der Rat vor längerer Zeit bereits entsprechende Mindeststandards definiert habe. Die Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte sei aus seiner Sicht unrealistisch.

IRM Herr Litvinov äußert, dass beide Anträge komplementär zueinander seien. Besonders der zweite Punkt sei von großer Bedeutung, da ein Konzept in dem Zusammenhang unabdingbar sei.

RM Frau Tokyürek sagt für ihre Fraktion zu, den Antrag zu unterstützen. Bzgl. des zweiten Punktes habe Herr Ludwig erklärt, über Verbesserungsvorschläge zu diskutieren. Aus ihrer Sicht sei es an der Zeit darüber nachzudenken, wie Menschen bei kurzfristigem Aufenthalt in Zukunft besser untergebracht werden könnten.

RM Frau Heuser merkt zum ersten Punkt des Antrages an, dass Beschlüsse dieser Art längst gefasst wurden und die Umsetzung ein fortdauernder Prozess sei. Der Wohnungsmangel sei ein grundlegendes Problem in der Stadt, wovon nicht nur Geflüchtete betroffen sind. Zum zweiten Punkt weist Frau Heuser darauf hin, dass es hier bereits seit 2014 die Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten, gebe. Sie werde dem Antrag nicht zustimmen, da die aufgeführten Punkte bereits im Prozess der Umsetzung seien.

RM Herr Joisten kündigt für seine Fraktion an, den Antrag zu unterstützen. Es sei wichtig, auf die besonders Schutzbedürftigen zu schauen und zu prüfen, ob man künftig auf Gemeinschaftsunterkünfte verzichten könne. Er sei davon überzeugt, dass man ein kluges Konzept zur besseren Nutzung der bestehenden Ressourcen entwickeln könne. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, wohlwissend, dass es nicht auf Knopfdruck gehe, dennoch müsse die Zielformulierung heute erfolgen, damit man möglichst bald zu einer alternativen Unterbringung dieser Menschen komme.

Das beratende Mitglied Herr Pröhl bittet eindringlich darum, den Wortlaut in ersten Punkt genau zu lesen. Es gehe hierbei nicht nur um die Herkulesstraße, sondern generell um Risikogruppen gemäß der Definition des Robert Koch Institutes. Es sei wichtig, auf die besonders schutzbedürftigen Personen ein besonderes Augenmerk zu richten und festzulegen, dass diese Menschen nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden dürften, da dies für sie zu gefährlich sei.

RM Frau Hoyer merkt an, dass sie Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung habe. Es gebe eine politisch einheitliche Meinung, möglichst eine dezentrale Unterbringungsform zu schaffen. Um aber nicht ‚unrealisierbare‘ Versprechen zu machen, werde sie dem Antrag nicht zustimmen.

Beschluss zum Antrag „Coronabedingte Auswirkungen auf die Unterbringungssituation der Geflüchteten“ - AN/0671/2020

Der Integrationsrat bittet den Rat die Verwaltung zu beauftragen,

1. Angehörige der vom Robert-Koch-Institut definierten Risikogruppen sowie vulnerable Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, zeitnah in abgeschlossene Wohneinheiten unterzubringen und
2. gemeinsam mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen ein Konzept zu entwickeln, um Gemeinschaftsunterkünfte perspektivisch aufzulösen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
Liegen nicht vor
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
Liegen nicht vor
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Netzwerk gegen häusliche Gewalt-Statistik 2018 (DS Nr.3116/2019) 0156/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.
 - 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Abeke 0936/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.
 - 3.3 Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen 4181/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.
 - 3.4 Rückfrage zur Beantwortung einer Anfrage zu politisch motivierter Kriminalität 3953/2019 1011/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.
 - 3.5 Beantwortung einer Anfrage zur Förderfähigkeit von Institutionen 1104/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.
 - 3.6 Förderprogramme des Landes für Migrant/innen hier: Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen gemäß §14c des Geset-**

**zes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in
Nordrhein-Westfalen
1132/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.7 Beantwortung einer Anfrage zur 'Anmelde- und Auskunftsspflicht für Ausländervereine und ausländische Vereine'
1267/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**4.1 Anfrage zur Erstellung des Wählerverzeichnisses für die Integrationsratswahlen 2020
AN/0514/2020**

**4.2 Anfrage zu Kosten der Verteilung eines Informationsschreibens an alle Kölner Haushalte zu den Wahlen 2020
AN/0515/2020**

**4.3 Sucht und Migration – Anfrage zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Migranten und Migrantinnen in Kölner Kliniken, LVR-Kliniken
AN/0518/2020**

**4.4 Anfrage zum Polizeieinsatz am Kölner Hauptbahnhof am 9.5.2020
AN/0655/2020**

**4.5 Anfrage zur Sachbeschädigung an Moschee und auf Verwaltungsgebäude der DITIB
AN/0656/2020**

5 Mitteilungen

**5.1 27. Bericht zur Situation Geflüchteter
0417/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung
0178/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 Jahreszahlen zur Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) in 2019 in der Stadt Köln
0433/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen 2019
0434/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 "Stufenkonzept Frühe Bildung / Flüchtlingskinder" Kölner Modell zur vorschulischen Förderung und Integration von Flüchtlingskindern
0198/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Contolling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 25 Jahre „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
0925/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 Versenkung von Wohncontainern (ehem. Geflüchtetenunterkunft Eygelshovener Straße)
0040/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.9 Bericht der drei Träger Auszugsmanagement für den Zeitraum 01.01.-
31.12.2019
0975/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.10 Interkulturelle Zentren Köln – „Die ganze Welt in Köln“ Informationsbro-
schüre und Übersichtskarte
0881/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.11 Wie leben queere Jugendliche in Köln?
hier: Ergebnisse der Jugendbefragung 2019 des Jugendzentrums
anyway e.V.
1241/2020**

Die Behandlung der Mitteilung wurde vertagt.
Der Träger anyway e.V. soll in die nächste Sitzung des Integrationsrates ein-
geladen werden, um die Ergebnisse vorzustellen.

**5.12 Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2019, bisherige Entwicklung und Ausblick
2020
1126/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.13 Online-Angebote für neuzugewanderte Kinder, Jugendliche und junge
Erwachsene bis 27 Jahre
1299/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.14 Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung
1102/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.15 Sachstandsbericht für das Jahr 2019 zu den EHAP-Projekten ALVENI
links und rechts vom Rhein
1393/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.16 Stadtmagazin KölnerLeben: Wegweiser "Gut informiert älter werden" / Start des Podcast für Senioren
1458/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.17 KOMM-AN NRW – Programm zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements in der Arbeit mit Geflüchteten und Neuzugewanderten – Sachstandsbericht 2020
1364/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.18 Städtische Kindertageseinrichtungen im Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“
1219/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.19 28. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
1310/2020**

Die Behandlung der Mitteilung wurde vertagt.

**5.20 Unterbringung Geflüchtete: Basisversorgung Internetanbindung
1493/2020**

Die Behandlung der Mitteilung wurde vertagt.

**5.21 Präventive Hausbesuche für ältere Menschen in Köln – Konzept zur Weiterentwicklung
0883/2020**

Die Mitteilung wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
AN/1545/2019**

Der Vorsitzende, Herr Keltek, ruft TOP 6.1. auf und unterstreicht die Wichtigkeit der Unterstützung des Antrages für das Gremium Integrationsrat und seine künftige politische Arbeit.

IRM Herr Edis führt aus, dass die Erweiterung der Zuständigkeiten eine Forderung sei, die der Integrationsrat seit vielen Jahren verfolge. Er bittet, den Antrag zu unterstützen und dem Integrationsrat weitere Kompetenzen, besonders in den Themen, die im Antrag aufgeführt sind, zuzusprechen.

RM Herr Erkelenz teilt für die CDU Fraktion mit, dass dort die Thematik eingehend diskutiert wurde. Allerdings sei die Entscheidung über den Haushalt einer der vornehmlichsten und wichtigsten Rechte des Rates – daher werde seine Fraktion dem Anliegen in dieser Form nicht zustimmen. Er bittet dafür um Verständnis.

RM Herr Yurtsever erklärt, dass die Grüne Ratsfraktion dem Antrag zustimmen werde.

RM Herr Joisten informiert darüber, dass die SPD-Fraktion dem Antrag ebenfalls zustimmen werde und merkt zu der Äußerung von Herrn Erkelenz an, dass die Haushaltsberatungen des Rates dadurch überhaupt nicht tangiert seien. Bei dem zur Diskussion stehenden Antrag des Integrationsrates ginge es darum, die vom Rat bereits im Haushalt beschlossenen Finanzmittel endgültig zu verteilen. Dies sei ein ganz normaler Vorgang, der auch in anderen Ausschüssen so praktiziert werde. Die Übertragung der Entscheidungsbefugnis über die Verteilung der Mittel wie im Antrag beschrieben, halte die SPD Fraktion für dringend geboten.

RM Frau Tokyürek teilt mit, dass auch die Linke Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da aus ihrer Sicht alle rechtlichen Fragen geklärt worden seien.

RM Frau Hoyer informiert, dass die FDP Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. In einigen anderen Ausschüssen seien auch bestimmte Bereiche und Themen definiert, die dort haushaltlich vorberaten, aber dann im Rat beschlossen würden. Zudem erscheine ihrer Fraktion auch die Entscheidung des Integrationsrates über eine Summe von 600.000 € für die Interkulturellen Zentren als relativ hoch. Außerdem gäbe es das ‚Integrationsbudget‘, über das der Integrationsrat bereits entscheiden könne.

Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln, im Sinne der Gemeindeordnung § 27, Abs. 8, Satz 1 bzw. der städtischen Hauptsatzung § 22 Abs. 7, Satz 3, dem Integrationsrat Köln weitere Kompetenzen zuzuweisen.

Die Verwaltung wird deshalb gebeten, dem Rat folgende Änderungen (*kursiv hervorgehoben*) der Regelungen in § 22 Abs. 7 der Hauptsatzung zur Entscheidung vorzulegen:

- Hauptsatzung § 22 Abs. 7:
„Der Integrationsrat wirkt an den Beratungen über die Haushaltssatzung mit. Er berät über alle Haushaltsansätze, die seine Aufgaben betreffen, und kann dazu Vorschläge und Anregungen machen.

Dem Integrationsrat wird die Entscheidungsbefugnis in folgenden Angelegenheiten übertragen:

- *Verteilung der Mittel zur Förderung der Interkulturellen Zentren gemäß der vom Rat verabschiedeten Richtlinie*
- *Verteilung der Mittel für Antirassismussarbeit gemäß der vom Rat verabschiedeten Richtlinie.*

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit Gegenstimmen der CDU und FDP

**6.2 10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU
AN/0458/2020**

Der Integrationsrat bittet den Rat Folgendes zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- bittet die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen Kölner Bürger und sonstige Initiativen, Jugendeinrichtungen, Vereine etc. im öffentlichen Raum Bäume pflanzen, mit Gedenktafeln, Stelen o.ä. versehen und die Verantwortung für eine Patenschaft zur Pflege dieser Bäume übernehmen können,
- ermutigt die Schüler*innen an den Kölner Schulen, als deutliches Zeichen eines lebendigen Erinnerns an die Opfer rechtsterroristischer Morde, sowie eine klare Positionierung gegen eine Zerstörung oder Schändung ihrer Gedenkorte, z.B. auf ihren Schulhöfen Bäume zu pflanzen, mit Gedenktafeln, Stelen o.ä. zu versehen und die Verantwortung für eine Patenschaft zur Pflege dieser Bäume zu übernehmen und bittet die Schulleitungen sowie Kolleg*innen, ihre Schülerschaft zu unterstützen, sowie die Verwaltung, solche Vorhaben durch ein wohlwollendes Genehmigungsverfahren (seitens der Gebäudewirtschaft und des Schulamtes) und eine Bereitstellung von Bäumen (über das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen) zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (ohne Enthaltungen) zugestimmt

**6.3 Antrag zur Prüfung der Realisierung eines Hauses der Kulturen / House of Resources in Köln
AN/0461/2020**

Abstimmungsergebnis:

Die Entscheidung über den Antrag wurde aufgrund von Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung vertagt.

**6.4 Antrag auf Stärkung der Demokratie durch aktive Bewerbung der Wahlen in Köln
AN/0601/2020**

**Änderungsantrag zu TOP 6.4
AN/0672/2020**

Nach ausgiebiger Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen,

- wie in ansprechender Form (analog und digital) alle Kölner Haushalte

- über die zur Wahl stehenden Institutionen ‚Oberbürgermeister*in‘, ‚Rat‘, ‚Bezirksvertretung‘ und ‚Integrationsrat‘,
 - über das aktive Wahlrecht (im Fall der Wahl des Integrationsrates soll ein Hinweis über die Möglichkeit der Registrierung im Wahlverzeichnis für die wahlberechtigten Personen, die nicht von Amts wegen im Wählerverzeichnis eingetragen sind, aufgenommen werden),
 - über die Möglichkeiten der Wahlteilnahme (am Wahltag im Wahllokal, durch Briefwahl, durch Wahl in den Bürgerämtern) informiert und wie sie zur Wahlteilnahme ermutigt werden können.
- in welcher Weise der Kölner Integrationsrat - analog zur Kampagne zur Europawahl - zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei der Integrationsratswahl NRW-weit zu einer „Integrationsratswahlchallenge“ aufrufen kann und bittet die Verwaltung, dies zu unterstützen.
Im Rahmen dieses Wettbewerbs sollen von Köln aus alle Städte und Gemeinden in einen Wettbewerb in digitaler und analoger Form mit einbezogen werden mit dem Ziel, in ganz NRW die Wahlbeteiligung signifikant zu erhöhen.
- inwieweit die ohnehin geplanten Wahlinformationen der Stadt Köln entsprechend gestaltet und ggf. angepasst werden können.
Die Prüfergebnisse sind dem Rat zur Sitzung am 18.06.2020 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

**8.1 Bedarfsplanung vom Amt für Wohnungswesen für neu anzumietende Objekte gem. § 5 Abs. 2 a der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln vom 13.12.2019
0274/2020**

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

**8.2 Anerkennung von vier neuen Interkulturellen Zentren Köln
0877/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung von:

- **Afrikanische Gemeinde Köln e.V.**, Weinsbergstraße 190, 50825 Köln-Ehrenfeld
- **Aktion Nachbarschaft e.V.**, Ossendorfer Weg 1, 50827 Köln–Bickendorf
- **Deutsch-Afrikanische Kooperation-DAKO e.V.**, Melchiorstraße 3, 50670 Köln Neustadt-Nord
- **Migrafica-Verein für junge afrikanische und andere Diaspora e.V. (VJAAD)**, Braunstraße 21, 50933 Köln–Braunsfeld

als Interkulturelle Zentren nach der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren gemäß Ratsbeschluss vom 26.09.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**8.3 Verteilung der Mittel zur Förderung von neuen Interkulturellen Zentren und die Verwendung des übergreifenden Budgets für Interkulturelle Zentren Köln für das Haushaltsjahr 2020
0887/2020**

Hinweis:

Kann die Beschlussvorlage am 14. Mai 2020 nicht im Rat behandelt werden, wird der Beratungsgang entsprechend angepasst.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf der Grundlage der Haushaltssatzung über die Verwendung der Haushaltsmittel

- in Höhe von weiteren 37.066,-€ für die Zentrenförderung gemäß Anlage 1, vorbehaltlich der Anerkennung dieser Zentren durch den Ausschuss Soziales und Senioren und
- über das übergreifende Budget in Höhe von 10.000,-€.

Die Mittel stehen im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, in Zeile 15, Transferleistungen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Ausscheiden des Trägers Latscho Drom e.V. aus dem Projekt ALVENI rechts vom Rhein 1402/2020**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.